

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren,

wie Sie alle wissen, läuft im Mai diesen Jahres die Amtszeit des Bürgermeisters nicht endlich, sondern leider ab. Aus diesem Grunde wollte ich die Haushaltsrede zum Anlass nehmen, um eine kleine Laudatio zu halten, die auf die Erfolge von Bürgermeister Reim verweist. In dem Moment, wo ich mir Gedanken darüber gemacht habe, ist mir bewusst geworden, dass dies hier und heute auch definitiv meine letzte Haushaltsrede vor diesem Gremium sein wird.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, aus diesem Grunde wird es nichts mit einer Laudatio – es wird Gelegenheit geben, die zu einem späteren Zeitpunkt nachzuholen. Ich habe mich stattdessen entschlossen, bevor wir den Blick auf den Haushalt 2010 werfen, die Jahre meiner Amtszeit Revue passieren zu lassen und ich sage es vorweg, für mich waren es schöne, aufregende und erfolgreiche Jahre. Ob Sie diese Einschätzung teilen, vermag ich nicht zu beantworten – aber ich möchte Ihnen einige Zahlen und Entwicklungen vortragen, aus denen jeder seine eigenen Schlüsse ziehen kann.

Das erste von mir zu verantwortende Haushaltsjahr war das Jahr 1995. Damals unterteilten wir den Haushalt noch in Verwaltungs- und Vermögenshaushalt. Der Verwaltungshaushalt schloss in Einnahme und Ausgabe mit 35,1 Mio € ab und im Vermögenshaushalt wurde sogar ein Überschuss von mehr als 1,5 Mio € erwirtschaftet.

Das Einnahmenvolumen belief sich auf 13,5 Mio €. Was folgte, würde man in der Sprache der Bibel, als die „sieben fetten Jahre“ bezeichnen. Bis zum Jahr 2001 stieg das Volumen im Verwaltungshaushalt auf 46,4 Mio € und der Vermögenshaushalt schloss damals mit 15,8 Mio € ab. Defizite waren fast ein Fremdwort. Dann legten sich die ersten Schatten über die Haushaltswirtschaft. Im Zuge der Abwicklung der Wärmeversorgungs GmbH schwanden die Rücklagen und 2002 stieg das Volumen des Verwaltungshaushaltes auf die Rekordhöhe von 51,8 Mio €. Das Defizit von 44.755 € war noch nicht besorgniserregend, zumal im Vermögenshaushalt ein Überschuss von gut 1,2 Mio € erwirtschaftet werden konnte, es leitete jedoch eine nachhaltige Trendwende ein. Durch die Abwicklung der Wärmeversorgungs GmbH, zu der auch die Stadt Fürstenwalde einen erheblichen Beitrag leisten musste, belief sich das Haushaltsvolumen bis zum Jahr 2004 auf über 50,0 Mio €. Erst ab dem Jahr 2005 konnte der Umfang wieder auf 40,3 Mio € gesenkt und dabei ein Überschuss von fast 262.000 € erwirtschaftet werden. 2006 und 2007 erhöhte sich zwar das Ausgabenniveau, blieb aber mit knapp unter 43,0 Mio € im Rahmen normaler Preisanpassungen.

Nicht anders war die Entwicklung im Vermögenshaushalt. Auch hier ist es gelungen, ab 2001 Überschüsse von rund 3,1 Mio € zu erwirtschaften.

Im Jahr 2007 stellte die Stadt Fürstenwalde, als eine der ersten Kommunen im Land Brandenburg, ihr Rechnungswesen von der Kameralistik auf die Doppik um.

Die großen Befürchtungen, dass nunmehr ein Haushaltsausgleich nicht mehr möglich sei, wurden jedoch nicht bestätigt. Zwar schloss der Ergebnishaushalt 2007 mit einem Defizit von 83.000 € ab, aber bei einem Gesamtvolumen von 43,0 Mio € war dies eine überschaubare Größe. Die voraussichtlichen Jahresabschlüsse 2008 und 2009 prognostizieren dagegen Überschüsse im Millionenbereich.

Aber meine sehr verehrten Damen und Herren, freuen Sie sich mal nicht zu früh – diese sind fast ausschließlich durch die Auflösung von Rückstellungen entstanden, die in großzügiger Weise bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz gebildet werden mussten. So bietet dann auch erst wieder das Jahr 2010 einen vergleichbaren Maßstab. Interessant ist dabei, dass die Ausgaben mit 45,0 Mio € das Niveau des Jahres 2001 erreichen und lediglich 10,0 Mio € über dem des Jahres 1995 liegen. Dies ist zwar eine Steigerung von fast 28%, auf den Zeitraum von 16 Jahren betrachtet jedoch nur eine jährliche Erhöhung von knapp 1,8%.

Ähnlich ist die Entwicklung der Einnahmen verlaufen. Der Plan 2010 geht von 46.080.700 € aus, dies sind 10.979.000 € mehr als 1995 – die Steigerungsquote beträgt 31,3% oder jährlich fast 2%.

Hinter diesen durchaus beeindruckenden Zahlen stecken die unterschiedlichsten Einzelentwicklungen. Ich möchte auf einige kurz eingehen.

Im Jahr 1995 waren bei der Stadt 498 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Die Personalkosten beliefen sich auf 14.462.305 €. Im Jahr 2010 beträgt die Mitarbeiterzahl noch 305 und die voraussichtlichen Kosten hierfür belaufen sich auf 10.586.300 €. Dies sind fast 4,0 Mio € weniger als 1995. Noch beeindruckender ist die Entwicklung der Kreisumlage. Musste die Stadt hierfür 1995 fast 5,8 Mio € aufbringen, werden dies im Jahr 2010 12,8 Mio € sein. Die Steigerung beträgt über 7,0 Mio € oder 120%. Trotz dieser negativen Entwicklung ist es gelungen, die freiwilligen Ausgaben, also die Ausgaben, die insbesondere für die Bereiche Sport, Kultur und Soziales vorgesehen sind, von rund 2,0 Mio € auf 3,2 Mio € zu erhöhen. Dies ist immerhin eine Steigerung von 60%. Bemerkenswert ist auch, dass die Stadt Fürstenwalde letztmalig im Jahr 1999 einen Kredit in Höhe von 1,5 Mio € aufnehmen musste. Alle danach eingetretenen Veränderungen in der Schuldenstatistik beruhen auf Umschuldungen oder Ablösung bestehender Verpflichtungen mit dem Ergebnis, dass die jährlichen Belastungen erheblich minimiert werden konnten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser kleine Überblick soll deutlich machen, welche Höhen und Tiefen wir in den letzten Jahren durchlaufen haben und das den eingangs erwähnten „sieben fette Jahre“ einige nicht so „fette Jahre“ gefolgt sind. Ob dies im Nachhinein betrachtet die „sieben dürren Jahre“ waren, wird erst die Zukunft zeigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe den Rückblick auch genutzt, um einmal einen Blick in die Haushaltsreden der letzten Jahre zu werfen. Es ist beeindruckend, wie sich die Verhältnisse aus den Augen des Betrachters ähneln. Fast in jeder Haushaltsrede wird die Erhöhung der Kreisumlage, die Reduzierung der Landeszuweisungen und die Einschnitte in die Gewerbesteuer durch entsprechende Veränderungen der Bemessungsgrundlagen angeprangert. Ein bemerkenswerter Höhepunkt war da schon, wenn der Kämmerer sich einmal dafür rechtfertigen durfte, dass er auf Modemessen in St. Petersburg oder Mailand gesehen wurde. Solche Vorlagen gibt es leider für den Haushalt 2010 nicht und so bleibt es Ihnen und mir nicht erspart, in die Niederungen des aktuellen Zahlenwerkes abzutauchen.

Der Ergebnisplan 2010 schließt bei den Erträgen, unter Einbeziehung des Finanzergebnisses, mit 46.080.700 € ab. Die ordentlichen Aufwendungen, inklusive Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen, belaufen sich auf 45.477.000 €

Daraus ergibt sich ein Überschuss von 1.033.000 €. Bevor sich diese Zahl als Trendwende bei Ihnen festsetzt, möchte ich eine wesentliche Ursache für dieses zunächst positive Ergebnis ausführlich erläutern.

Die Stadt Fürstenwalde hat Anfang 2002 386.550 Aktien an der E.ON edis AG zum Kaufpreis von 905.190,64 € veräußert. Als ich seinerzeit diesem Gremium vortrug, dass die Stadt eine Rückkaufoption besitzt und diese zu gegebener Zeit auch nutzen wird, wurde ich von vielen, angesichts meines Optimismus, belächelt. Heute ist es soweit – die Stadt Fürstenwalde kauft die Aktien zum Preis von 905.190,64 € zurück. Dies ist für sich gesehen noch kein Vorgang, der Sie jubeln lassen wird. Aber in den vergangenen 8 Jahren haben diese Aktien eine Dividende von 1.243.586,57 € abgeworfen. Diese Dividende steht der Stadt Fürstenwalde zu. Unter Abzug des Kaufpreises ergibt sich daraus ein Überschuss von 338.395,93 €. Hiervon müssen wir allerdings Zinszahlungen von 243.934,24 € leisten, so dass sich der tatsächliche Auszahlungsbetrag für die Stadt auf 94.461,69 € beläuft. Unter dem Strich hat die Stadt durch den Verkauf der Aktien ein sich selbsttragendes Darlehen bekommen, welches sogar noch einen leichten Überschuss erwirtschaftet hat. Zukünftig trägt der Rückerwerb der Aktien natürlich auch zu einer höheren Entschädigung von der Gesellschaft für Interessenvertretung der OSE-kommunale Aktionäre mbH bei.

Im Ergebnisplan der Stadt sind die Zinsen als Aufwendungen und die Dividende als Ertrag geplant worden, so dass sich für den Ergebnishaushalt ein einmaliger Überschuss von rund 1,0 Mio € ergibt. Wird der Gesamtüberschuss um diesen Einmaleffekt reduziert, verbleibt ein minimaler Überschuss von 33.000 €.

Die Gesellschaft für Interessenvertretung der OSE-kommunale Aktionäre mbH und die Behandlung der Aktien ist auch verantwortlich für einen weiteren einmaligen Effekt im Jahr 2010. Nicht nur die Stadt Fürstenwalde hat ihre Aktien zurückerworben, auch die Gesellschaft hat für über 4.000.000 Aktien von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Die Berechnung des Kaufpreises ist analog der bei der Stadt Fürstenwalde. Den gezahlten Dividenden der letzten Jahre sind die Zinszahlungen gegen zu rechnen, so dass ein relativ hoher Überschuss verbleibt. Die Kaufpreiszahlung ist Ergebnisneutral. Auf die Differenz zwischen der eingenommenen Dividende und der zu zahlenden Zinsen fällt Gewerbesteuer an. Diese wird voraussichtlich mehr als 1,0 Mio € betragen. Wird auch dieser Einmaleffekt eliminiert, ist ein Ausgleich des Ergebnishaushaltes für 2010 nicht mehr darzustellen.

Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltung alle ersichtlichen Sparpotenziale für den Finanzplanungszeitraum bis 2013 umgesetzt und dabei auch die Einnahmemöglichkeiten nicht außer Acht gelassen.

Im Ergebnis der Bemühungen erwarten wir für 2011 noch einen leichten Überschuss von rund 200.000 €, 2012 ein Defizit von fast 280.000 € und 2013 wieder einen Überschuss von knapp 850.000 €.

In den Planzahlen liegen, wie in den vergangenen Jahren natürlich auch einige Risiken. Die Verwaltung hat bei der Ermittlung der Personalkosten unterstellt, dass eine prozentuale Gehaltsangleichung 2010 nicht erfolgt. Außerdem geht sie von stabilen Energiekosten aus. Diese Erwartung wird getragen von der Tatsache, dass die Rohölpreise und mit zeitlicher Verzögerung auch die Gaspreise 2009 rückläufig waren. Auf der Ertragsseite sind die geplanten Gewerbeeinnahmen sowie die Anteile aus der Einkommens- und Umsatzsteuer mit nicht kalkulierbaren Risiken behaftet. Vorausgesetzt, die Plandaten erweisen sich als belastbar, kann man mit dem Gesamtergebnis noch gut leben.

Bevor ich auf den Finanzplan eingehe, gestatten Sie mir an dieser Stelle einige allgemeine Bemerkungen zum Antrag der Fraktion Die Linke auf die Verabschiedung einer Resolution an die Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten. Grundsätzlich begrüße ich es natürlich auch, dass sich kommunale Gremien und die Parteien für eine bessere Finanzausstattung der Kommune einsetzen. Das mehr Geld sinnvoll eingesetzt werden kann, steht grundsätzlich außer Frage.



Der Hinweis aber: „Die Finanzmarktkrise erreicht die Kommunen in voller Breite. Gewaltige Verwerfungen in den Haushalten sind die Folge“, ist noch nicht bewiesen. Die Finanzmarktkrise trifft die Kommunen in Ost und West sehr unterschiedlich, wobei die Westkommunen insgesamt härter betroffen sind. In Fürstenwalde hat die Finanzmarktkrise zunächst dazu geführt, dass die Zinskonditionen so günstig sind, wie noch nie. Dies wirkt sich positiv auf die Aufwendungen für den in Anspruch genommenen Kassenkredit, aber auch auf die langfristigen Zinsverbindungen aus. Einnahmeausfälle sind, wenn überhaupt, bis jetzt bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen. Diese haben aber nur bedingt mit der Finanzkrise zu tun. Viel entscheidender war hier das Eingreifen der Bundesnetzagentur in die Kostenermittlung der Energieversorger. Diese Maßnahme führt zu Gewerbesteuerausfällen von 2,5 – 3,0 Mio € pro Jahr. Eine dramatische Einschränkung der Handlungsspielräume ist nach den bisher bekannten Zahlen auch nicht zu erkennen. Immerhin halten wir die freiwilligen Leistungen auf dem Niveau der Vorjahre und wenn dann noch die Rede davon ist, dass die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger, und gemeint sind ja wohl die der Stadt Fürstenwalde, weiter eingeschränkt werden müssen, kann ich bisher nicht erkennen, in welchen Bereichen solche Einschränkungen bisher stattgefunden haben. Auch das Investitionsvolumen liegt mit 6,0 – 7,0 Mio € weit über den Schnitt der letzten Jahre.

Eine Verschuldung für investive Maßnahmen gibt es seit dem Jahr 1999 nicht mehr und wird es auch in absehbarer Zeit nicht geben können. Natürlich wünschte man sich auf diesem Gebiet immer mehr Mittel, aber diese müssten dann woanders abgezweigt werden und ob dafür zur Zeit in der Gesellschaft Mehrheiten bestehen, darf zumindest angezweifelt werden. Die kommunale Selbstverwaltung ist nicht deshalb in Gefahr, weil zu wenig Geld in die Systeme fließt, sondern weil das was verteilt wird, mit so engen Zweckbindungen versehen wird, dass ein Entscheidungsspielraum für die einzelnen Kommunen nicht mehr besteht. In der Resolution ist weiterhin die Rede von einer „prekären Lage“. Zugegeben, die finanzielle Situation könnte besser sein. Aber man muss dann auch die Frage stellen, ob die Kommunen nicht auch ihr Vermögen zur Bewältigung ihrer Aufgaben einsetzen müssen. Der Vorwurf der Kommunen aus den Altbundesländern, dass im Osten viele Gemeinden ihr Vermögen in Gesellschaften abschotten, ist nicht ganz unbegründet. Um die Frage zu beantworten, ob das Wachstumsbeschleunigungsgesetz dauerhaft Steuerminderungseinnahmen zur Folge haben, ist zwar zu vermuten, aber belegt ist insbesondere der Umfang noch nicht. Auch die dauerhaft auskömmliche Finanzierung der Kommunen ist m.E. nicht über die Gewerbesteuer zu machen.

Die Gewerbesteuer ist eine gewinnabhängige Steuer und von daher schon aus der Natur der Sache ein nicht kalkulierbarer Faktor. Außerdem führt die Gewerbesteuer zu starken Einnahmeschwankungen innerhalb der Gemeinden. Aus übergeordneter Sicht müsste man viel eher eine verlässliche Ersatzfinanzierung, wie sie z.B. unter dem Stichwort „Bürgersteuer“ diskutiert wird, installieren. Ich möchte dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. nicht jede Berechtigung absprechen, aber ich halte den Zeitpunkt, zumindest aus Sicht der Stadt Fürstenwalde, für eine solche Resolution für verfrüht.

Die Entwicklung des Finanzplanes, sowohl für 2010 als auch die Jahre 2011 – 2013, ist den Wünschen der Verwaltung und diesem Hause geschuldet. Das diese nicht alle umsetzbar sind, ist keine Erkenntnis des Jahres 2010.

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit können in den Jahren 2010 – 2012 die Auszahlungen für diesen Bereich nicht abdecken. Unter Einbeziehung des Finanzmittelüberschusses, sowie der Einzahlungen und Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit verstärkt sich dieser Trend. Bereits 2010 würde die Stadt nach den vorliegenden Planzahlen 106.500 € mehr ausgeben, als sie einnimmt. 2011 erhöht sich das Defizit auf 795.800 € und 2012 sogar auf 1.623.300 €.

Erst 2013, wenn aus der Investitionstätigkeit ein Überschuss von 1.666.800 € erwartet und der Finanzmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit rund 2,7 Mio € betragen wird, ergibt sich wieder ein positives Ergebnis von 2.167.400 €. Auf das Jahr betrachtet, bedeutet die Entwicklung, dass ausgewiesene Defizite für den investiven Bereich und die Finanzierungstätigkeit aus Kassenkreditmitteln abgedeckt werden müssten. Dies ist unzulässig und muss deshalb bis zur Verabschiedung des Haushaltes 2010 korrigiert werden.

Ich bitte Sie, sich auch unter diesem Aspekt die Liste der vorgegebenen Investitionsmaßnahmen genau anzusehen. Natürlich wird die Verwaltung in den Beratungen der nächsten Wochen Ihre Vorschläge einbringen – aber die Hinweise aus diesem Hause, aus den Fachausschüssen und den Parteien greifen wir dabei gerne auf.

Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte jetzt an dieser Stelle nicht auf detaillierte Entwicklungen sowohl im Ergebnis- als auch im Finanzplan eingehen. Diese können Sie ausführlich und umfassend dem Vorbericht, den entsprechenden Anlagen sowie den Produktbeschreibungen entnehmen. Sofern dennoch Fragen offen bleiben, steht Ihnen die Verwaltung und der Kämmerer jederzeit zur Verfügung.

Ich möchte mich an dieser Stelle nochmals ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen 16 Jahren recht herzlich bedanken. Mein Dank gilt natürlich auch allen ehemaligen und aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung. Ohne die eine ordnungsgemäße und verlässliche Haushaltswirtschaft nicht möglich gewesen wäre.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.